

Deutungen und Schlussfolgerungen zum Ergebnis der Bundestagswahl aus linker Sicht

- Ein Angebot zur Diskussion -

Horst Kahrs, 8.10.2013

Inhalt

Ausgewählte Aspekte und Bewertungen des Wahlergebnisses vom 22.9.2013	2
1. Die 18. Legislaturperiode – Eine Periode parteipolitischer Umgruppierungen und Suchbewegungen	2
2. Aspekte des politisch-parlamentarischen Wahlerfolgs	3
3. Die Linke in der gesellschaftlichen Defensive	4
4. Schlussfolgerungen für die Stiftungsarbeit	5
A. Ausgewählte Zahlen zum Bundestagswahlergebnis	8
1. Das vorläufige amtliche Endergebnis	8
1.1. Wahlbeteiligung	8
1.2. Verteilung der Zweitstimmen und Veränderung zur Vorwahl	8
1.3. Verteilung der Mandate und Veränderung zur Vorwahl	8
2. Rückhalt der Parteien in der Wahlbevölkerung	9
2.1. Stimmenanteile – parlamentarisch und nichtparlamentarisch unterschiedlicher Parteienbündnisse	9
2.2. Stimmenanteile unter Berücksichtigung der Wahlenthaltung	9
3. Das Wahlergebnis der Partei DIE LINKE	10
3.1. Erststimmen in den 16 bei der Vorwahl gewonnenen Wahlkreisen	10
3.2. Zweitstimmenanteile nach Ländern und Veränderung zu 2009	10
3.3. Zweitstimmen nach Ländern und Veränderung zu 2009	11
3.4. Zweitstimmen im Verhältnis zur Wahlbevölkerung - »soziale Verankerung«	11
3.5. Veränderung der Zweitstimmenzahl gegenüber 2005	12
4. Wählerwanderungen	13
4.1. DIE LINKE: Wo blieben die Wähler_innen des Jahres 2009?	13
4.2. DIE LINKE: Woher kamen die Wähler_innen des Jahres 2013?	13
4.3. Wanderungssalden für DIE LINKE in 2013	14
4.4. Wählerwanderungen von 2009 zu 2013	15
5. SGBII-Leistungsbezug und Wahlbeteiligung in Bremen	16
B. Auszug aus dem »Wahlbericht«	16

Ausgewählte Aspekte und Bewertungen des Wahlergebnisses vom 22.9.2013

1. Die 18. Legislaturperiode – Eine Periode parteipolitischer Umgruppierungen und Suchbewegungen

Die Wähler_innen haben die bundesdeutsche Parteienlandschaft in Bewegung versetzt. Während der 18. Legislaturperiode werden sich die Beziehungen zwischen den etablierten Parteien grundlegend verändern (müssen). Die Grünen werden sich, allein schon, um der strategischen Sackgasse der Bindung an die SPD zu entkommen, für Bündnisse mit der Union öffnen. Die Union wiederum wird ihre Optionen ebenfalls erweitern, um in Zeiten, in denen die Zukunft der FDP nebulös und diejenige der »Alternative für Deutschland« offen ist, nicht von der SPD unter zu großen Druck gesetzt zu werden. Die FDP wird, wenn sie als sozialliberal ausgerichtete Partei wiederaufersteht, sich Bündnisse mit der SPD offen halten. Für die SPD wiederum hat sich die vermeintliche die Trumpfkarte „Rot-grün“ als Verliererkarte erwiesen. Um jemals wieder das Kanzleramt besetzen zu können, braucht sie weitere strategische Optionen, unter Einschluss der Linken, der Grünen und auch der FDP. Für DIE LINKE verbessern sich einerseits die Akzeptanzbedingungen für eine Regierungsbeteiligung, andererseits verschlechtern sich aber die politischen Möglichkeitsbedingungen in dem Maße, wie sich SPD und Grüne andere Optionen als das rot-rotgrüne Bündnis erarbeiten. Kurz: Die strategischen Optionen der anderen Parteien werden wachsen, wodurch sich diejenigen der Linken *zunächst* verengen werden. Neben dem Bundestag werden die Regierungsbildungen in den Ländern von großer Bedeutung für die strategischen Ausgangspositionen der Parteien bei den nächsten Bundestagswahlen sein. Die große Unbekannte ist die AfD: Nimmt sie das gleiche Schicksal wie der Höhenflug der Grünen und der vorübergehende Aufstieg der Piratenpartei oder gelingt ihr die parteipolitische Stabilisierung über die gesamte Wahlperiode des Bundestages, um als rechts- bzw. nationalliberale Partei »rechts von der Union« Erfolgsaussichten bei der nächsten Bundestagswahl zu haben? Vorerst wird sie sich um den harten parteipolitischen Kern des marktliberalen Erbes mit der FDP streiten und ihr Verhältnis zu rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien klären müssen.

All diese Bewegungen im Parteiensystem werden begleitet, verstärkt, verzögert werden durch Veränderungen in der Gesellschaft. Umorientierungen unter Wähler_innen werden ebenso stattfinden wie eine vorsichtige Neuorientierung von gesellschaftlichen Verbänden, Organisationen, Kräften. Es ist davon auszugehen, dass die kommende Jahre Jahre der Erschließung von parteipolitischem Neuland, einer parteipolitischen Lockerung und Umgruppierung vermeintlich festgefügter Beziehungen, neuer Suchbewegungen und neuer Möglichkeiten sein werden.

Im weiteren werden Aspekte zur Diskussion gestellt, die für die Linke bedeutsam sein könnten. Der Fokus liegt dabei dann auf Punkten, die für die Arbeit der RLS im Unterschied zu Partei und Fraktion wichtig sein könnten. Allgemein zusammenfassen wird vertreten:

Die Bedingungen und Aussichten für eine Regierungsbildung gegen die Union haben sich einerseits verbessert, weil die Akzeptanz für ein rot-rot-grünes Bündnis wächst, wenn als Alternative nur ein Bündnis mit der Union zur Verfügung steht. Sie haben sich andererseits, blickt man auf die Stimmenanteile und die Folgen der aktuellen Koalitionsbildung, nachhaltig verschlechtert. Eine linke Regierung oder Regierung einer »pluralen Linken« wird es auf absehbare Zeit in Deutschland nicht geben. Das »linke Lager« ist nur noch eine Erfindung des alten »bürgerlichen Lagers«, welches sich selbst in einem Diversifizierungsprozess befindet. Regierungen ohne die Union sollten als Mitte-Links-Regierungen mit der Linken als kleinerer Partnerin gedacht werden. Die Linke ist bundespolitisch und landespolitisch in Westdeutschland eine »kleine Partei« in Opposition zu den herrschenden Machtverhältnissen und auf der immer wieder neuen Suche nach »strategischen Hebeln«, die die politischen Kräfteverhältnisse verändern können. Die Linke steht vor der Aufgabe, in den kommenden Jahren (bis 2017) zu beweisen, dass sie mehr ist als ein

Generationenprojekt, d.h. Parteaufbau und die Erneuerung/Erweiterung des personellen und thematischen »Angebots«. Dafür bieten sich eine Reihe von gesellschaftspolitischen Feldern.

2. Aspekte des politisch-parlamentarischen Wahlerfolgs

1. Trotz des schlechtesten Wahlergebnisses in der jungen Geschichte der Partei gilt: DIE LINKE ist erneut, zum dritten Mal in Folge, im Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke vertreten. Das Ergebnis liegt - knapp - unter dem »Startergebnis« von 2005. Die Partei zählt jetzt endgültig zu den etablierten gesamtdeutschen Parteien.¹ Im Windschatten der Bundestagswahl hat sie sich auch zum dritten Mal bei einer Landtagswahl in Hessen als Parlamentspartei behauptet. Damit bleibt sie auch in Westdeutschland landespolitisch relevant. Die SPD-Strategie, darauf zu setzen, dass die Linke in Westdeutschland und im Bundestag verschwinden würde, hat sich erledigt. Die strategischen Handlungsoptionen für alle Parlamentsparteien verändern sich, entsprechend auch die Bedingungen für Kooperation, Abgrenzung und Konkurrenz.
2. War 2005 bis 2009 noch unklar, wohin der Weg der Partei als Parlamentspartei führen würde, so ist seit dieser Wahl klar: die Perspektive der Linken auf Bundesebene (und in der westdeutschen Landespolitik) ist nicht die Rolle einer (ostdeutschen) Regionalpartei, sondern die Rolle einer »kleinen Partei« im deutschen Parteiensystem.²
3. Da DIE LINKE im Stammland ihrer Quellpartei PDS keine »kleine Partei«, sondern eine »große Partei« ist, bleiben die innerparteilichen Spannungen erhalten, die sich aus der jeweils unterschiedlichen Position im parlamentarischen Parteienwettbewerb ergeben: Die größte Oppositionspartei etwa in Sachsen hat per se die Aufgabe, Partner zu suchen und zu finden, um eine Mehrheit gegen die Regierung zu schmieden. Die Aufgabe einer »kleinen Partei« dagegen ist es, einem solchen Bündnis spezifische politische Kontur zu geben.
4. Die Stimmenverluste gegenüber 2009, der Verlust von 12 von 16 Direktmandaten, sind als eine Art »Erfolg im Misserfolg« zu betrachten. Mitte des Jahres 2012 sah es in den Umfragen weit schlechter aus. Wie bereits 2009 gelang es, innerparteiliche Grabenkämpfe für den Einzug in den Bundestag zurückzustellen, womöglich aber nur, um sie im Erfolgsfall erneut um so heftiger auszutragen. Der Wahlkampf setzte auf einen hohen Wiedererkennungswert der Partei bei ihren Wähler_innen. Plakatiert wurden die bekannten Themen der vergangenen Jahre, im Osten auch die regionale Identität angesprochen. Das Wahlergebnis in Ost und West zeigt die abnehmende Bindungskraft der sozialen/regionalen Gründungsthemen.³ Die Rückbesinnung auf Bewährtes verschärft die Frage, ob die Linke ein Generationenprojekt ist oder ob die personelle und thematische Erneuerung/Erweiterung auf die Agenda kommt.
5. Das Wahlergebnis 2009 schuf für DIE LINKE die politische Gelegenheit (und Erwartungshaltung), das Thema Soziale Gerechtigkeit von der SPD zu übernehmen. Der Wahlerfolg wurde nicht in politischen Erfolg umgemünzt. Die Besonderheiten des Wahlerfolgs 2013 ergeben sich aus den möglichen Konstellationen:

¹ Als „etabliert“ gilt in der Politikwissenschaft eine Partei oder eine Person, wenn sie zum zweiten Mal gewählt wurde (vgl. Georg Fülberth: »Doch wenn sich die Dinge ändern. DIE LINKE«, Köln 2008). Als gesamtdeutsche Partei etabliert muss die LINKE nunmehr gelten, weil sie im Westen erneut mehr als 5% Stimmenanteile erzielte und sie ihre Vertreibung aus den Landesparlamenten in Hessen stoppen konnte.

² »Kleine Parteien« - als politikwissenschaftlicher Terminus - zeichnen sich durch ein begrenztes Potential an Wähler_innen (ca. 20 bis maximal 30%) und bis zu knapp zweistelligen Stimmenanteilen bei Wahlen aus. »Kleine Parteien« vertreten die sozialen Interessen und/oder gesellschaftlichen Perspektiven und Wertvorstellungen von relativ kleinen Segmenten der Wahlbevölkerung und/oder setzen - meist davon ausgehend - immer wieder neue Themen auf die politische Agenda. »Kleine Parteien« haben als »Seismographen« gesellschaftlicher Entwicklungen und Umbrüche, als Repräsentanten minoritärer Schichten und Klassen, als Produzenten innovativer Lösungen/Antworten auf gesellschaftliche Probleme und schließlich auch als kleiner Partner, als »Mehrheitsbeschaffer« für parlamentarische Machtkonstellationen eine »große« Bedeutung und - aller Voraussicht nach - eine »große« Zukunft. »Kleine Parteien« sind meist Programmparteien oder Funktionsparteien, in seltenen Glücksfällen beides.

³ Mehr als ein Kalauer: »Der Osten wählt rot. Klar!« »Der Osten« hat's den Roten gezeigt und bis auf vier Ausnahmen alles schwarz gewählt...

- a) die SPD als kleinerer Partner der Union auf der Regierungsbank
- b) die SPD als größerer »Partner« auf der Oppositionsbank

und den damit verbundenen Möglichkeiten, eine linke Alternativ zur Kanzlerpartei Union aufzubauen oder zu verspielen.⁴

Wie verhält sich eine oppositionelle demokratisch-sozialistische Linke zu einer regierenden Sozialdemokratie, die eigentlich größerer Partner für eine andere, neue Mehrheit sein soll? Wie verhält sich eine demokratisch-sozialistische Linke, die gemeinsam mit der SPD in der Opposition ist, gegenüber diesem Partner in spe, wenn es doch darum geht, bei den nächsten Wahlen erst mal selbst möglichst stark zu werden, und zugleich die dann ja regierenden Grünen wieder aus einer schwarzgrünen Koalition zu locken...

3. Die Linke in der gesellschaftlichen Defensive

6. Die rechnerische Mehrheit der Parteien »links von der Union« verdeckt, dass SPD, Grüne und Linke (PDS) zusammen ihr schlechtestes Ergebnis seit 1990 erzielten. Die parlamentarische Mehrheit »links von der Union« verdankt sich allein der Sperrklausel von fünf Prozent, an der FDP und AfD scheiterten.⁵ Das Wahlergebnis für die Parteien »links von der Union« war das schlechteste seit 1990, knapp 43% der gültigen Stimmen sind von einer Mehrheit weit entfernt. Selten fielen die parlamentarische Machtverteilung und die reale Stimmenverteilung so auseinander wie nach dem 22.9.2013. Eine »strukturelle linke Mehrheit« ist seit 2009 in der Gesellschaft nicht mehr vorhanden.

7. Die parlamentarische Sitzverteilung spiegelt das politische Kräfteverhältnis unter den Wählenden nicht wider. Die Sperrklausel führt dazu, dass liberale Positionen – bürgerrechtliche, sozialliberale, vor allem auch marktliberale und nationalliberale – im Parlament nicht mehr vertreten sind, aber zusammen fast zehn Prozent der gültigen Stimmen, mit den Piraten: zwölf Prozent, erreichten. Hierbei handelt es sich um eine politische Größe, mit der alle Parteien rechnen werden. Dabei geht es um mehr, aber auch um die Frage, ob sich eine Partei »rechts von der Union« etablieren kann und ob die FDP eine Wiedergeburt als sozialliberale Partei mit offenen Bündnisoptionen erlebt. Da die Union sich unter Merkel erkennbar »nach links« bewegt hat⁶, entsteht die Frage, woher die gesellschaftliche Basis für eine linke Stimmenmehrheit geschöpft werden kann.

8. Ursächlich für die Schwäche »links von der Union« ist vor allem die nicht vorhandene unausgesprochene »strategische Aufgabenteilung« zwischen den potentiellen Partnern. Die strategische Aufgabe lautet: Wie kann es gelingen, eine ausreichende Zahl von desillusionierten, enttäuschten und entpolitisierten Wähler_innen aus den sozialen Unterschichten und -klassen für einen politischen Richtungswechsel im Rahmen eines gesellschaftlichen Mitte-Unten-Bündnisses zu mobilisieren?⁷ Hier läge im Idealfall sicherlich eine originäre Aufgabe für die Linke, ohne zur »Unterschichten-Partei« zu werden, während die SPD für eine solches Bündnis die notwendigen Stimmen aus Arbeitnehmermitte und die Grünen diejenigen aus dem liberalen Neu-Bürgertum zu gewinnen hätte.⁸ Vo-

⁴ Sitzt die SPD auf der Regierungsbank, so liegt die harte Kritik an der Regierungsarbeit der SPD nahe. Der unmittelbare politische Anreiz bestände darin, die Sozialdemokraten erneut als »Verräter« an ihren sozialdemokratischen Wahlversprechen und Wurzeln zu kritisieren. Gemeinsam mit der SPD auf der Oppositionsbank zu sitzen, schafft den unmittelbaren politischen Anreiz, als die konsequentere parlamentarische Opposition erkennbar zu bleiben, Identitätspolitik als Politik im Komparativ zu betreiben.

⁵ Hätten sich nicht einmal 150.000 Wahlberechtigte anders entschieden, gäbe es wieder eine schwarzgelbe Mehrheit, weitere 150.000 Wahlberechtigte hätten die »Alternative für Deutschland« ins Parlament hieven können. Siehe die Berechnungen im Anhang.

⁶ Für diese Feststellung kommt es nicht auf den Maßstab der Linken an, sondern auf die Wahrnehmung in der Anhängerschaft der Union selbst. Dafür steht das Wort von der schleichenden »Sozialdemokratisierung der Union«, worunter ein Wiedererstarben des Arbeitnehmerflügels nach dem Leipziger Parteitag verstanden wird und eine Übernahme sozialdemokratischer Positionen wie etwa beim Mindestlohn, bei Mietobergrenzen u.a.m.

⁷ Die asymmetrische Wahlbeteiligung entlang der sozialen Hierarchie hat sich bei dieser Wahl bestätigt – siehe das Beispiel Bremen im Anhang

⁸ Man kann darüber streiten, ob für ein solches Regierungsbündnis eine starke gesellschaftliche Bewegung die Voraussetzung ist. Das Beispiel der ersten sozialliberalen Koalition 1969 zeigt, dass eine solche Unterstützung auch durch den Mut, es zu versuchen, erst geschaffen werden kann, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen/Blockaden es hergeben.

oraussetzung für das Gelingen einer solchen strategischen Partnerschaft wäre, die Vorstellung von einer »linken Mehrheit« aufzugeben und in den Kategorien eines Bündnisses zwischen verschiedenen sozialen Klassen und Schichten zu denken, welches sich über ein paar gemeinsame grundlegende gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen zusammenfindet (Kooperation, Solidarität, demokratische Öffentlichkeit und öffentliche Infrastruktur).

9. Die Defensive der Kräfte »links von der Union« in Deutschland ist durch eigene Fehler (z.B. Grüne positionieren sich links von der SPD, SPD und Linke haben ihr Verhältnis nicht geklärt) wie auch durch das taktische Geschick des »bürgerlichen Lagers« verstärkt worden. Der simulierte »Lagerwahlkampf« war eine Erfindung von Union und FDP, um die eigenen Anhängern zu mobilisieren. Die Mobilisierung gegen Steuererhöhungen war erfolgreich. Das Vordringen der Grünen in bürgerliche Wählerschichten der Union wurde gestoppt. Die kommenden Kommunalwahlen werden zeigen, ob die Union davon ausgehend auch ihren Negativtrend in den großen Städten stoppen kann. Unterm Strich verschärft dieses Wahlergebnis die reformpolitischen Restriktionen, die von »Schuldenbremse« und Fiskalpakt ausgehen, und bestärken die Positionen, dass Steuermehreinnahmen nur bei höheren Wachstumsraten quasi gesellschaftspolitisch »legitim« sind.

10. Die Union hat in erheblichem Umfang Stimmen unter vorherigen Nichtwählern mobilisieren können. Sie hat den Wahlsieg nicht mit »rechten« Themen errungen und auch nicht im rechten Spektrum. Ein wenig hat sie das rotrotgrüne Gespenst bemüht, um die wertkonservativen Wählerschichten zu binden. Die Union hat gewonnen, weil sie am ehesten den »richtigen Ton« gefunden hat: *Deutschland geht es gut, vor allem im Vergleich mit den Ländern um uns herum, wir sind ökonomisch erfolgreich und mit der Kanzlerin wird es schon noch eine Weile so weitergehen. Von der Zukunft erwarten wir ohnehin nicht viel Besseres.* Dieser Wahlkampf ist zurecht als unpolitisch kritisiert worden, aber: er war erfolgreich, wahrscheinlich auch, weil es keine plausible Alternative gab, die einen Regierungswechsel hätte begründen können. Anders ausgedrückt: Weil die Gemeinsamkeiten zwischen Union, SPD und Grünen bei den großen politischen Themen Debatten um alternative Richtungsentscheidungen ausschlossen, die Unterschiede letztlich auf Varianten der dominierenden politischen Ökonomie zusammenschurrten. Führende Gewerkschafter signalisierten früh, dass sie eine Koalition von Union und SPD für ein angemessenes Ergebnis halten würden.

4. Schlussfolgerungen für die Stiftungsarbeit

11. Das Wahlergebnis sichert die finanzielle Stabilität der RLS für die kommenden beiden Legislaturperioden. Das kann umgekehrt als Verpflichtung betrachtet werden, die Kräfte auf die Bewältigung der erkennbaren Schwächen der linken gesellschaftlichen Grundströmung zu konzentrieren. Dazu nachfolgend sieben Vermutungen:

12. Die bundespolitische, gesamtdeutsche Bedeutung der Partei DIE LINKE wurde bestätigt. Alle Fragen des Parteaufbaus (Parteiverständnis, Qualifizierung von Personen und Strukturen, Mitgliederintegration, regionale Verankerung der Partei und damit verbundene Diversifizierung des Erscheinungsbildes) bleiben damit dringlich. Das Gelegenheitsfenster, diese Aufgabe zu bewältigen, wurde als Geschenk vom Wähler vergrößert. Um von der Parlamentspartei zur gesellschaftlichen Partei zu transformieren, um neue Themen zu erschließen, um gesellschaftliche Bündnisse zu schließen, ist der »Parteaufbau«, in diesem Sinne: die Organisationsfrage und die Fähigkeit, Kräfte zusammenzuführen, entscheidend.⁹ Dazu zählt dann insbesondere auch, Konzepte und anderes aus der und für die Perspektive der lokalen, kommunalen Handlungsoptionen zu denken und zu

⁹ Mario Candeias in einem ND-Interview am 24.9.2013, S.4 auf die Frage: »Was muss die Linke tun, um in dieser Legislaturperiode gesellschaftliche Bündnisse zu schließen?«: »Am wichtigsten ist der Parteaufbau. Im Westen ist das Bundestagswahlergebnis gut, über fünf Prozent. In den Kommunen und den Basisorganisationen herrschen aber dramatische Zustände. Dort müssen Strukturen stabilisiert werden. Dazu gehört auch, dass die Linke sich nicht identitär als Partei-Partei präsentiert, sondern mit sozialen Bewegungen, Initiativen vor Ort und Gewerkschaften kooperiert.« (Neues Deutschland, 24.09.2013, S. 4)

entwickeln. Im lokalen Handeln liegt die Chance für viele, die Macht des eigenen Handelns zu entdecken. Im Lokalen liegt auch die Chance, internationale Begegnungen und Vernetzungen (Austausch und Kooperation) zu schaffen, die die herrschende Interpretation der Krise als Krise zwischen Nationen durchbrechen.

13. Die Schwäche der linken Perspektive auf die bzw. Interpretation der Verhältnisse hat dazu beigetragen, dass im Wahlkampf das Thema »Europa« und »Eurokrise« weitgehend ausgeblendet, vor allem aber sich die herrschende Interpretation der Krise als eine Krise zwischen Nationen weiter durchsetzen konnte. Die »Nationalisierung« der europäischen Krise hat die grundlegenden Gemeinsamkeiten zwischen mächtigen Verbänden und Union, SPD und Grünen ermöglicht und bestärkt. Veränderungen, auf Veränderung zielende Auseinandersetzungen brauchen eine andere Sicht auf die Krise. Vor der Veränderung kommt die andere Interpretation der Wirklichkeit. Und eine Vorstellung, dass es besser sein könnte - die nicht um die Haltung zu »Europa« kreist, sondern nationenübergreifende Linien der sozialen Auseinandersetzungen (z.B. europäische Grundversorgungen, Arbeitsmärkte) entdeckt, vorschlägt und Menschen gleicher Interessen und Sichtweisen in Verbindung bringt, dies zusammenführt mit Fragen demokratischer europäischer Institutionen.

14. Die Abwesenheit der europäischen Themen im Wahlkampf der etablierten Parteien bedeutete zugleich, die »Macht der Märkte« nicht grundlegend in Frage zu stellen. Gleichzeitig wurde auch die allfällige digitale Überwachung nicht zu einem Thema. Die Dethematisierung war zugleich eine Thematisierung: Gegen die Macht global vernetzter Märkte und Überwachungseliten (in Geheimdiensten und Konzernen) lässt sich doch nichts ausrichten. Der Wahlkampf trug somit zum gesellschaftlichen Unbehagen bei, anonymen Mächten mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert zu sein (ein Gefühl, welches durch den Merkel-Wahlkampf zudem bedient wurde). Was daraus folgt, ist wenig voraussehbar. Es gibt in Deutschland die Wiederentdeckung des Politischen in Gestalt lokaler (neu-bürgerlicher) Protestbewegungen. Welche Verbindungen lassen sich hierbei möglicher Weise zu den demokratischen, dezentralen und lokalen Potentialen des sozial-ökologischen Umbaus herstellen? Vielleicht nicht nur nebenbei: Mit dem Ausscheiden der FDP ist die letzte parteipolitische Anmutung des politischen Liberalismus aus dem Parlament verschwunden. Die wohlverstandene liberale Staatsskepsis – Bürgerrechte und mehr – erscheinen, gerade angesichts der Fixierung auf einen autoritären Staat in der Krise, parteipolitisch – vorübergehend – heimatlos.

15. Die gesellschaftliche Stimmung im Wahlkampf war geprägt durch die Folgen einer Art »gefühlten Vergleichens«. Glaubt man den Erkundungen des Alltagsbewusstseins durch »Allensbach« und andere Volksbeobachter, dann gibt es schon eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, in denen man lebt, aber der Blick um einen herum zeigt, dass es den anderen auch nicht besser, vielen, vor allem jenseits der Grenzen aber auch schlechter geht. Das wirkt beruhigend, auf jeden Fall begrenzt diese Wahrnehmung die Bereitschaft zur Empörung. Unzufriedenheit und Resignation, schreibt Jakob Augstein dazu, halten sich die Waage. Wie ist dieses »Schweigen der Masse« (Augstein) im emanzipatorischen Sinn aufzubrechen? Vielleicht, in dem wieder elementare Fragen im politischem Raum Platz bekommen: *Was ist eine lebenswerte Gesellschaft? Bewegen wir uns dahin? Warum sind die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten blockiert?* Es ginge dann auch darum, elementare Begriffe zurückzuerobern, also den intellektuellen Diskurs zu führen um Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit, Demokratie. Ist Demokratie zum Beispiel eine Frage des Ergebnisses, etwa dass sich »die Interessen der Mehrheit« durchsetzen? Oder ist Demokratie im Sinne der Volksherrschaft nicht, wie Rancière sagt, die »Herrschaft derer, die weder einen besonderen Anspruch auf ihre Ausübung noch eine spezifische Eignung dafür besitzen«, wodurch Politik überhaupt erst denkbar würde. Denn: »Wenn die Herrschaft wieder in die Hände der Geschicktesten, Stärksten, Reichsten gelangt, findet keine Politik mehr statt.« Diese Fragen haben eine alltägliche Seite, siehe die lokalen Proteste oder den Erfolg der Piraten-Dilettanten; und sie haben eine »intellektuelle« Seite, die die Anziehungskraft linker Politik unter Intellektuellen betrifft.

16. Sind unsere Analysen zutreffend, so wird die kommende Dekade – unter dem Diktat von wie auch immer modifizierter Austeritätspolitik, Fiskalpakt und Schuldenbremse – eine Dekade weiterer Angriffe auf die gesellschaftlichen Reproduktionsfonds. Politisch

geht es dabei um Fragen wie Haftungsunion, Länderfinanzausgleich, Solidarpakt III, auf nationaler wie europäischer Ebene. Gesellschaftspolitisch könnte es um neue Suchbewegungen gehen, entlang von Fragen der individuellen und sozialen Reproduktion – der gesellschaftlichen Grundausstattung für alle – neue Klassenbündnisse anzubieten.

17. Die Produktionsweise wird sich in Folge der avisierten »Vierten industriellen Revolution«, der damit verbundenen Veränderungen in der gesellschaftlichen – nationalen wie internationalen – Arbeitsteilung beschleunigt verändern, mit entsprechenden Rückwirkungen auf die technologische und soziale Zusammensetzung von Kapital einerseits und Arbeit andererseits. Was bergen diese Entwicklungen an emanzipatorischen Potentialen, welche neue Gestaltungsmöglichkeiten und –notwendigkeiten? Die von dieser Umwälzung ausgehende Kraft der Veränderung wird sowohl die Gesellschaft als auch die Sichtweise von sozialen Schichten auf die gesellschaftliche Wirklichkeit und die Politik nachhaltig verändern.

18. Wer wählt eigentlich Die Linke? Georg Fülberth schrieb in die »Eröffnungsbilanz« der Linken: »Die künftige Stellung einer neuen linken Partei wird letztlich davon abhängen, ob sie eine Funktion für eine Schicht oder Klasse haben wird, die durch die konkurrierenden Parteien sich nicht in ausreichendem Maße vertreten sieht und deshalb bereit ist, diese Partei zu unterstützen.« Zwar erodierten die Kernbelegschaften, doch würden sie durch einen neuen, auf betrieblicher Ebene angesiedelten Korporatismus gebunden. Möglich sei, dass das Prekariat in ähnlicher Weise zu einer Massenschicht würde wie zuvor die »Intelligenz«, die sich in den Grünen einen parteipolitischen Ausdruck gesucht habe. »Unwahrscheinlich ist aber, dass es (=das Prekariat – HK) sich zur »Linken« verhalten wird wie jene andere Massenschicht zu den Grünen. (...) Mit großer Wahrscheinlichkeit zeigt das Prekariat nur schwach ausgebildete Parteipräferenzen auf. Seine soziale Heterogenität führt zu verschiedenartigen politischen Optionen. Das Bemühen der »Linken« um soziale Protestbewegungen erfasst allenfalls ein Segment: ehemalige Mitglieder der Stammebelegschaften etwa, die noch gewerkschaftliche Bindungen aufweisen, zugleich aber auch organisationsbereite junge Intellektuelle bei ATTAC.« Soziales Aufbegehren, schrieb Fülberth 2008 weiter, werde seitens des Medienkapitals durch die Skandalisierung von Sozialschmarotzermentalität einerseits und Abzockermentalität andererseits kanalisiert. »Für »Die Linke« heißt das, dass es – anders als die anderen Parteien – nach wie vor keine Kernschicht für sie gibt. Ihre Wählerbasis im Osten ist eher regional als sozial definiert. Allerdings findet sich hier eine besonders große Schnittmenge zu ehemals lohnabhängigen Teilen des Prekariats.« Wurden diese Befunde von 2007/2008 durch das Wahlergebnis 2013 falsifiziert? Und wenn ja, wie, durch wen mit welchen Hoffnungen. Zweifelsfrei macht »Die Linke« nicht »Politik im Interesse der großen Mehrheit«, wenn man dem Begriff »Interesse« seine subjektive Seite belässt und nicht auf ein vermeintlich »objektives (Klassen-)Interesse« rekurriert. Aber wie sieht die soziale Klasse, wie sehen die sozialen Schichten aus, die bereit sind, die Partei zu unterstützen? Die Wahltagsbefragungen und andere Umfragen geben darüber nur unzureichend Auskunft.

Vgl. zu diesem ganzen Abschnitt auch das RLS-Standpunkte-Papier 09/2013: Nach 8 Jahren Merkel – No trouble? Von Hildebrandt/Kahrs/Pätzolt

Anhang

A. Ausgewählte Zahlen zum Bundestagswahlergebnis

1. Das vorläufige amtliche Endergebnis

1.1. Wahlbeteiligung

Wahlbeteiligung	BTW 2009	BTW 2013
	70,8%	71,5%

1.2. Verteilung der Zweitstimmen und Veränderung zur Vorwahl

	BTW2009		BTW2013		Veränderung	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
CDU/CSU	14.658.515	33,8%	18.157.256	41,5%	23,9%	7,7%
SPD	9.990.488	23,0%	11.247.283	25,7%	12,6%	2,7%
Grüne	4.643.272	10,7%	3.690.314	8,4%	-20,5%	-2,3%
FDP	6.316.080	14,6%	2.082.305	4,8%	-67,0%	-9,8%
LINKE	5.155.933	11,9%	3.752.577	8,6%	-27,2%	-3,3%
Piratenpartei	847.870	2,0%	958.507	2,2%	13,0%	0,2%
REP	193.396	0,4%	91.660	0,2%	-52,6%	-0,2%
NPD	635.525	1,5%	560.660	1,3%	-11,8%	-0,2%
AfD			2.052.372	4,7%		4,7%
Freie Wähler			422.857	1,0%		1,0%
Sonstige	930.111	2,1%	686.683	1,6%	-26,2%	-0,6%

Vorläufiges amtliches Endergebnis; 03:00 23.09.2013

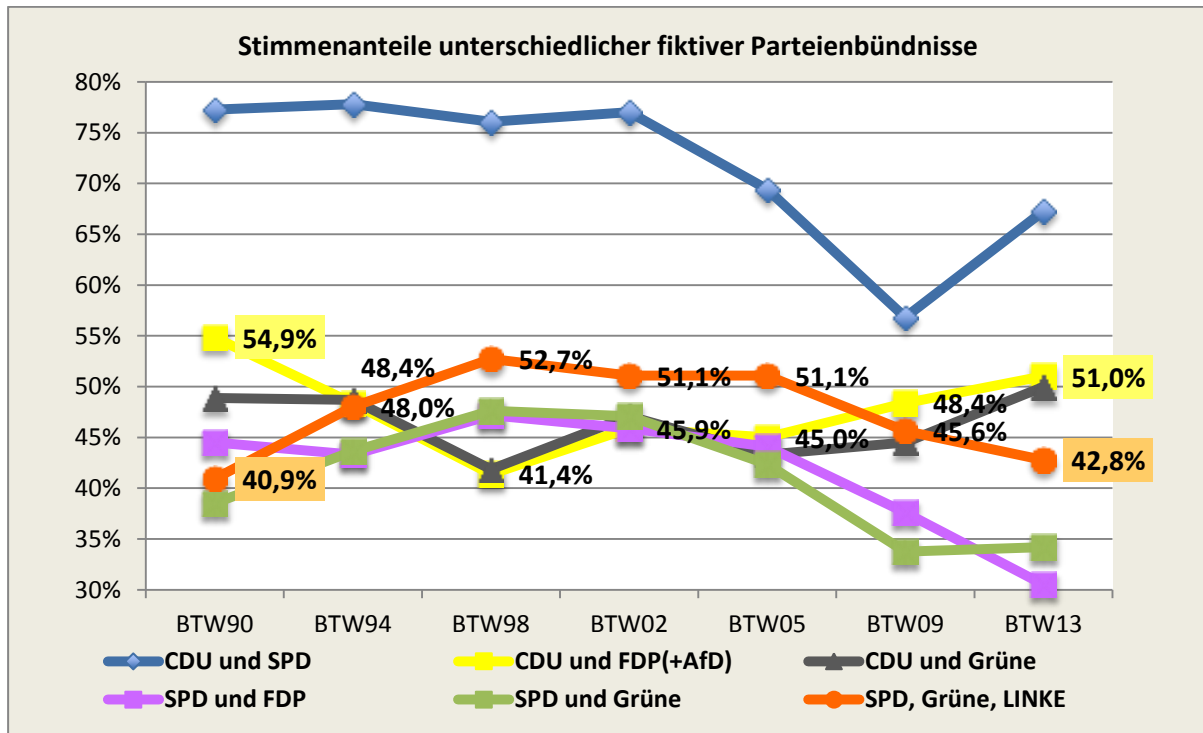
Parlamentarisch nicht repräsentierte Stimmenanteile:
 BTW2009: 6% der gültigen Stimmen; BTW2013: 15,8%

1.3. Verteilung der Mandate und Veränderung zur Vorwahl

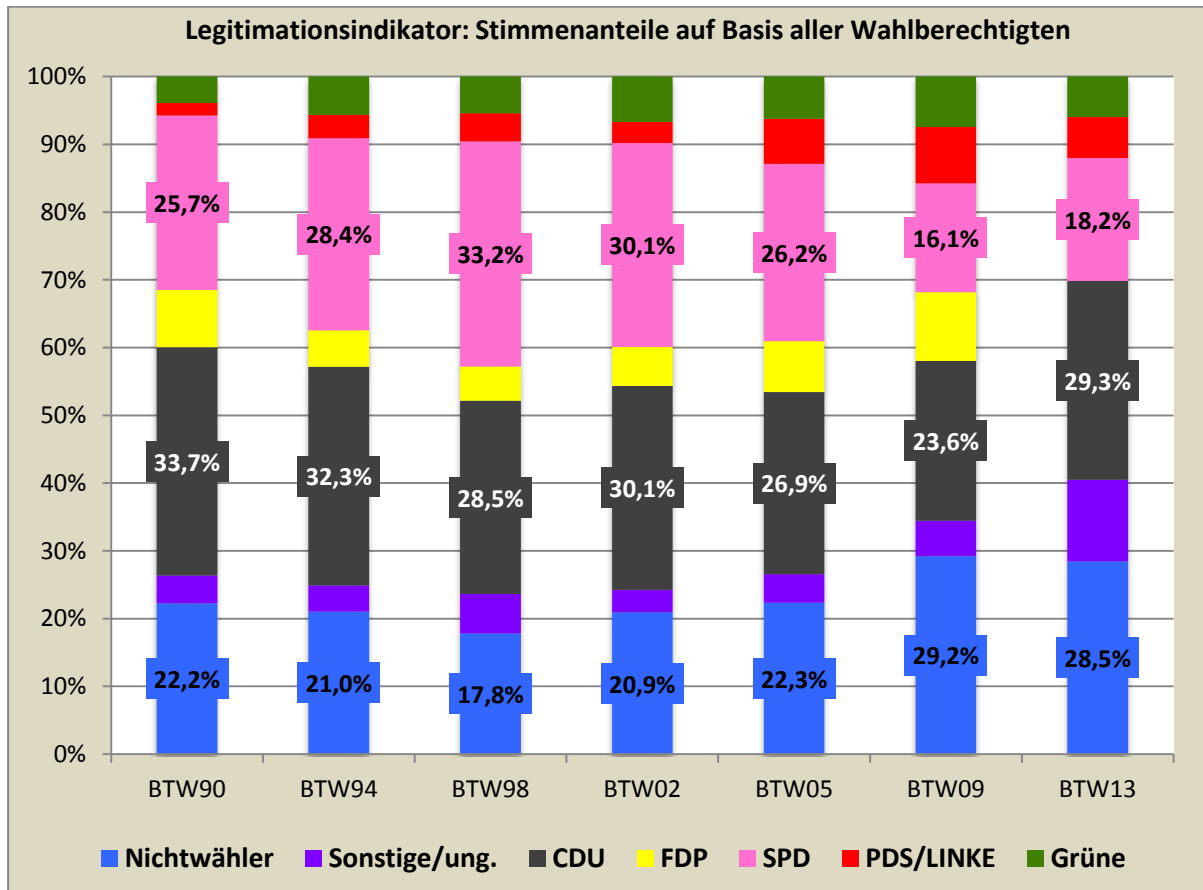
	BTW09	BTW13	+ / -
CDU/CSU	239	311	72
SPD	146	192	46
Grüne	68	63	-5
FDP	93		-93
LINKE	76	64	-12
	622	630	8
Abs. Mehrheit		316	
CDU/CSU/SPD		503	
CDU/CSU/GRÜNE		374	
SPD/LINKE/GRÜNE		319	

2. Rückhalt der Parteien in der Wahlbevölkerung

2.1. Stimmenanteile – parlamentarisch und nichtparlamentarisch – unterschiedlicher Parteienbündnisse



2.2. Stimmenanteile unter Berücksichtigung der Wahlenthaltung



3. Das Wahlergebnis der Partei DIE LINKE

3.1. Erststimmen in den 16 bei der Vorwahl gewonnenen Wahlkreisen

	Erststimmen absolut			Stimmenanteile	
	2009	2013	+ / -	2009	2013
Rostock – Landkreis Rostock II	46.323	46.077	-0,5%	31,5%	30,7%
Uckermark – Barnim I	32.670	25.671	-21,4%	32,0%	26,0%
Märkisch-Oderland – Barnim II	62.644	56.391	-10,0%	37,0%	32,9%
Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	43.589	37.004	-15,1%	32,3%	28,0%
Cottbus – Spree-Neiße	37.224	24.681	-33,7%	30,0%	20,0%
Altmark	36.910	32.162	-12,9%	33,4%	30,3%
Magdeburg	47.303	37.889	-19,9%	32,1%	25,2%
Anhalt	44.803	39.717	-11,4%	31,5%	28,8%
Halle	46.272	36.011	-22,2%	33,7%	25,5%
Mansfeld	47.051	35.982	-23,5%	35,2%	27,6%
Berlin-Pankow	47.070	48.914	3,9%	28,8%	28,3%
Berlin-Treptow-Köpenick	62.880	61.634	-2,0%	44,8%	42,2%
Berlin-Marzahn-Hellersdorf	60.236	50.869	-15,6%	47,7%	39,9%
Berlin-Lichtenberg	61.874	54.938	-11,2%	47,4%	40,3%
Gera-Jena-Saale-Holzland-Kreis	49.344	44.659	-9,5%	30,4%	27,0%
Suhl – Schmalkalden-Meinungen – Hildburghausen	41.361	35.146	-15,0%	32,2%	27,3%

3.2. Zweitstimmenanteile nach Ländern und Veränderung zu 2009

	BTW2009	BTW2013	
BaWü	7,2%	4,8%	-2,4%
Bay	6,5%	3,8%	-2,7%
BE	20,2%	18,5%	-1,7%
BB	28,5%	22,4%	-6,1%
HB	14,3%	10,1%	-4,2%
HH	11,2%	8,8%	-2,4%
HE	8,5%	6,0%	-2,5%
MV	29,0%	21,5%	-7,5%
NI	8,6%	5,0%	-3,6%
NRW	8,4%	6,1%	-2,3%
RP	9,4%	5,4%	-4,0%
SL	21,2%	10,0%	-11,2%
SN	24,5%	20,0%	-4,5%
ST	32,4%	23,9%	-8,5%
SH	7,9%	5,2%	-2,7%
TH	28,8%	23,4%	-5,4%
Bund	11,9%	8,6%	-3,3%
West mit BE-West	8,3%	5,6%	-2,7%
West ohne BE-West	8,3%	5,4%	-2,9%
Ost mit BE-Ost	28,5%	22,7%	-5,8%
Ost ohne BE-Ost	28,0%	21,9%	-6,1%

3.3. Zweitstimmen nach Ländern und Veränderung zu 2009

	BTW2009	BTW2013	absolut	rel.
BaWü	389.637	272.307	-117.330	-30,1%
Bay	429.371	248.802	-180.569	-42,1%
BE	348.661	330.481	-18.180	-5,2%
BB	395.566	311.322	-84.244	-21,3%
HB	48.369	33.122	-15.247	-31,5%
HH	99.096	77.265	-21.831	-22,0%
HE	271.455	188.622	-82.833	-30,5%
MV	251.536	186.737	-64.799	-25,8%
NI	380.373	223.788	-156.585	-41,2%
NRW	789.814	582.786	-207.028	-26,2%
RP	205.180	120.330	-84.850	-41,4%
SL	123.880	56.042	-67.838	-54,8%
SN	551.461	466.321	-85.140	-15,4%
ST	389.456	281.979	-107.477	-27,6%
SH	127.203	84.079	-43.124	-33,9%
TH	354.875	288.594	-66.281	-18,7%
Bund	5.155.933	3.752.577	-1.403.356	-27,2%
West mit BE-West	2.974.801	2.000.981	-973.820	-32,7%
West o. BE-West	2.864.378	1.887.143	-977.235	-34,1%
BE-West	110.423	113.838	3.415	3,1%
Ost	2.181.132	1.751.596	-429.536	-19,7%
Ost ohne BE-Ost	1.942.894	1.534.953	-407.941	-21,0%
BE-Ost	238.238	216.643	-21.595	-9,1%

3.4. Zweitstimmen im Verhältnis zur Wahlbevölkerung - »soziale Verankerung«

	2009	20013	
BaWü	5,1%	3,5%	-1,6%
Bay	4,6%	2,6%	-1,9%
BE	14,1%	13,2%	-0,9%
BB	18,6%	15,1%	-3,5%
HB	9,9%	6,8%	-3,1%
HH	7,9%	6,0%	-1,9%
HE	6,2%	4,3%	-1,9%
MV	18,0%	13,9%	-4,1%
NI	6,2%	3,7%	-2,6%
NRW	5,9%	4,4%	-1,5%
RP	6,6%	3,9%	-2,7%
SL	15,3%	7,0%	-8,3%
SN	15,7%	13,7%	-2,0%
ST	19,2%	14,6%	-4,6%
SH	5,7%	3,7%	-1,9%

TH	18,5%	15,7%	-2,8%
Bund	8,3%	6,1%	-2,2%
West ohne BE	5,7%	3,8%	-2,0%
Ost mit BE	18,1%	15,1%	-3,1%

3.5. Veränderung der Zweitstimmenzahl gegenüber der »Eröffnungsbilanz« 2005

	BTW2013	+ / - 2005	
BaWü	272.307	53.202	24,3%
Bay	248.802	4.101	1,7%
BE	330.481	26.851	8,8%
BB	311.322	-105.037	-25,2%
HB	33.122	2.552	8,3%
HH	77.265	17.802	29,9%
HE	188.622	9.709	5,4%
MV	186.737	-47.965	-20,4%
NI	223.788	18.588	9,1%
NRW	582.786	52.819	10,0%
RP	120.330	-11.824	-8,9%
SL	56.042	-61.047	-52,1%
SN	466.321	-137.503	-22,8%
ST	281.979	-103.443	-26,8%
SH	84.079	5.324	6,8%
TH	288.594	-89.746	-23,7%
Bund	3.752.577	-365.617	-8,9%
West ohne BE	2.000.981	126.584	6,8%
Ost mit BE	1.751.596	-492.201	-21,9%

4. Wählerwanderungen

Alle Zahlen-Angaben hier nach Infratest Dimap, ARD-Wahlberichterstattung

4.1. DIE LINKE: Wo blieben die Wähler_innen des Jahres 2009?

es gingen zu...	Bund	Ost	West	Bund	Ost	West
Union_13	230.000	140.000	90.000	4,4%	6,1%	3,1%
SPD_13	680.000	180.000	500.000	13,2%	7,8%	17,4%
FDP_13	20.000	10.000	10.000	0,4%	0,4%	0,3%
Linke_13	2.550.000	1.400.000	1.150.000	49,3%	60,9%	40,1%
Grüne_13	240.000	60.000	180.000	4,6%	2,6%	6,3%
AfD_13	340.000	110.000	230.000	6,6%	4,8%	8,0%
Andere_13	280.000	100.000	180.000	5,4%	4,3%	6,3%
Nichtwähler_13	560.000	160.000	400.000	10,8%	7,0%	13,9%
Gestorbene	270.000	140.000	130.000	5,2%	6,1%	4,5%
Summe	5.170.000	2.300.000	2.870.000	100%	100%	100%

Lies: Von den 5,17 Mio. Wähler_innen des Jahres 2009 wählten 2,55 Mio. oder 49,3% auch 2013 DIE LINKE, 680.000 oder 13,2% wanderten zur SPD. Im Osten machten dies 7,8% der Wähler_innen von 2009, im Westen 17,4% usw.usf. z.B. 8% der LINKE-Wähler_innen im Westen von 2009 wählten 2013 AfD, knapp 5% im Osten, bundesweit waren das etwa 6,6%.

4.2. DIE LINKE: Woher kamen die Wähler_innen des Jahres 2013?

	Bund	Ost	West	Bund	Ost	West
Union_09	110.000	60.000	50.000	2,9%	3,2%	2,7%
SPD_09	310.000	120.000	190.000	8,2%	6,4%	10,1%
FDP_09	110.000	40.000	70.000	2,9%	2,1%	3,7%
Linke_09	2.550.000	1.400.000	1.150.000	67,8%	74,5%	61,2%
Grüne_09	200.000	70.000	130.000	5,3%	3,7%	6,9%
Andere_09	110.000	30.000	80.000	2,9%	1,6%	4,3%
Nichtwähler_09	240.000	130.000	110.000	6,4%	6,9%	5,9%
Erstwähler	130.000	30.000	100.000	3,5%	1,6%	5,3%
Summe	3.760.000	1.880.000	1.880.000	100%	100%	100%

Lies: Von den 3,76 Mio. Wähler_innen des Jahres 2013 waren 2,55 Mio. oder 67,8% »Wiederwähler_innen« von der Wahl 2009, 310.000 oder 8,2% waren vorherige SPD-Wähler_innen. In Ostdeutschland kamen 6,4% der aktuellen Wähler_innen von der SPD, in Westdeutschland 10,1%.

4.3. Wanderungssalden für DIE LINKE in 2013

	Union	SPD	FDP	Grüne	AfD	Andere	Nicht-wähler	Verstorben/ Erstwähler
Bund	-120.000	-370.000	90.000	-40.000	-340.000	-170.000	-320.000	-140.000
Ost	-80.000	-60.000	30.000	10.000	-110.000	-70.000	-30.000	-110.000
West	-40.000	-310.000	60.000	-50.000	-230.000	-100.000	-290.000	-30.000

Lies: Im Saldo von Zu- und Abwanderung verlor DIE LINKE 370.000 Stimmen an die SPD, davon 60.000 im Ostteil und 310.000 im Westteil. Der Saldo von verstorbenen Wähler_innen und Erstwähler_innen betrug -140.000.

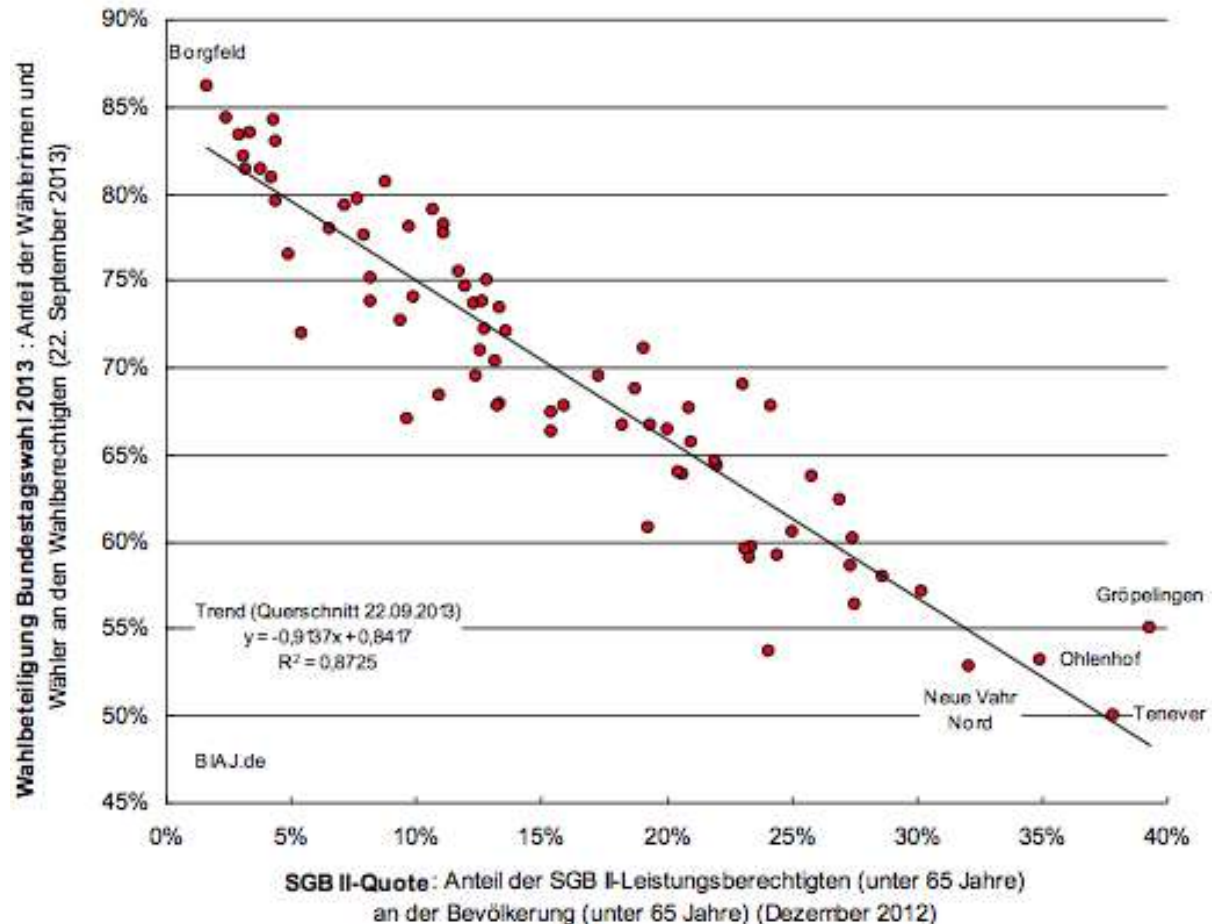
4.4. Wählerwanderungen von 2009 zu 2013

	Union_09	SPD_09	FDP_09	Linke_09	Grüne_09	Andere_09	Nicht-wähler_09	Erst-wähler	Zuge-zogene	Summe
Union_13	11.440.000	920.000	2.460.000	230.000	560.000	380.000	1.520.000	560.000	80.000	18.150.000
SPD_13	710.000	6.720.000	580.000	680.000	990.000	200.000	870.000	470.000	40.000	11.260.000
FDP_13	350.000	50.000	1.440.000	20.000	20.000	30.000	100.000	80.000	0	2.090.000
Linke_13	110.000	310.000	110.000	2.550.000	200.000	110.000	240.000	130.000	0	3.760.000
Grüne_13	140.000	440.000	190.000	240.000	2.200.000	60.000	200.000	200.000	10.000	3.680.000
AfD_13	290.000	180.000	430.000	340.000	90.000	410.000	210.000	100.000	10.000	2.060.000
Andere_13	180.000	180.000	230.000	280.000	170.000	1.080.000	320.000	260.000	10.000	2.710.000
Nichtwähler_13	390.000	510.000	560.000	560.000	240.000	250.000	14.560.000	1.140.000	10.000	18.220.000
Gestorbene	1.050.000	680.000	320.000	270.000	150.000	80.000	790.000	0	0	3.340.000
	14.660.000	9.990.000	6.320.000	5.170.000	4.620.000	2.600.000	18.810.000	2.940.000	160.000	

Lies: Von den 14,66 Mio. Unionswähler_innen 2009 wählten 11,44 Mio. auch 2013 die Union. Von den 18,81 Mio. Nichtwähler_innen 2009 gingen 14,56 Mio. auch 2013 nicht wählen.

5. SGBII-Leistungsbezug und Wahlbeteiligung in Bremen

Stadt Bremen: SGB II-Quote und Wahlbeteiligung in den Ortsteilen*
(SGB II-Quote 12/2012 - Wahlbeteiligung 22. September 2013)



ohne kleine Ortsteile mit weniger als 1.000 Wahlberechtigten

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen; Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ-www.biaj.de)

B. Auszug aus dem »Wahlnachtbericht« vom 22./23.9.2013

Die Bürgerinnen und Bürger haben den Deutschen Bundestag neu und überraschend zusammengesetzt. Die etablierte Parteienlandschaft ist kräftig durcheinander gebracht. Frau Merkel kann Kanzlerin bleiben. Ihr Regierungspartner, die FDP ist abgewählt. Die SPD scheitert mit dem Versuch, mit der Rotgrün-Strategie der beiden vergangenen Dekaden das Kanzleramt zu erobern. Die Linke wurde zur drittstärksten Kraft, die Grünen bleiben deutlich unter ihrem Umfragehoch von 2011/2012. Mit der »Alternative für Deutschland« AfD klopfte eine neue Protestpartei an die Tür des Bundestages. Die politischen Lager sind durch das Wahlergebnis vor neue politische Herausforderungen gestellt.

Angela Merkel wird Bundeskanzlerin bleiben. Mit wem sie regiert, ist offen. Im neuen (voraussichtlich) Vier-Fraktionen Parlament verfügt eine gemeinsame Fraktion von CDU und CSU über 311 von 630 Sitzen.

Die Union und Angela Merkel sind die Gewinner des Wahlabends. Die Union aus CDU und CSU konnte ihren Stimmenanteil erstmals wieder auf über 40% steigern. Damit ist es Angela Merkel erstmals gelungen, nicht nur das Kanzleramt, sondern auch mehr Stimmen für ihre Partei zu gewinnen. Damit werden ihre Stellung in der

Union und ihr Kurs der pragmatischen Modernisierung und Anpassung (wert)konservativer Positionen der Union an veränderte gesellschaftliche Bedingungen gestützt. Dass die Union nun wieder den Status der Volkspartei besitzt, muss sie erst kommenden Wahlen auf Landes- und Bundesebene beweisen. Wie flüchtig solche Wahlerfolge sein können, hat die Union selbst bereits erlebt, etwa in Hamburg. Im bundesdeutschen Parteiensystem, so viel steht allerdings fest, gibt es bis auf weiteres nur eine große Partei.

Die FDP hat ein desaströses Wahlergebnis erhalten. Der Versuch, mit einer Zweitstimmenkampagne auf Kosten der Union im letzten Moment das Debakel verhindern zu können, scheiterte, nicht zuletzt am Gegendruck der Union selbst, die das Risiko einer Wiederholung von Niedersachsen nicht eingehen wollte. Das Ergebnis der Wahl 2009 hat sich nicht nur als politische Spekulationsblase erwiesen. Es wurde von der FDP-Führung nicht verstanden und wurde so zum Anfang des vorläufigen Endes der parlamentarischen Existenz der FDP im Bundestag. Unter Westerwelle hatte sich die FDP vom politischen, bürgerrechtlichen Liberalismus verabschiedet. Unter Rösler und Brüderle verspielte bei ihren Anhängern ihren Ruf als Steuersenkungspartei und ordnungspolitischer Hort des wirtschaftlichen (Markt-)Liberalismus. Im Ergebnis wirtschaftete der parteipolitisch organisierte Liberalismus in Deutschland auf außerparlamentarisches Niveau ab. Der Platz des Sozialliberalismus ist in Deutschland endgültig unbesetzt, ob die FDP unter einer neuen Führung, etwa Christian Lindner, diesen Weg der Erneuerung einschlagen würde, ist derzeit weder absehbar noch erwartbar.

Die SPD erzielte zwar ein leicht verbessertes Ergebnis. Es zählt aber immer noch zu ihren schlechtesten Ergebnissen bei Bundestagswahlen. Nur gut ein Viertel der Stimmen, ein Zuwachs von 2,5% gegenüber der Talsohle von 2009, holen die SPD, trotz großem Einsatz und Haustürwahlkampf, auf den Boden ihrer politischen Möglichkeiten zurück. Der Versuch, mit der »alten Garde« aus der Schröder-Ära, und einem Bündnis mit den Grünen die Macht zurück zu erobern, scheiterte. Die SPD kann die tektonischen Verschiebungen in ihrer Anhängerschaft infolge der rotgrünen Reformpolitik 2000 bis 2005 nicht rückgängig machen. Die Abwanderung war mehr als ein einmaliger Protest. Die SPD hat einen nicht geringen Teil ihrer Anhänger dauerhaft verloren, an die Linke, an »die Nichtwähler« und auch an die CDU. Die SPD kann in der sozialen Mitte der Gesellschaft nichts gegen die Union gewinnen, und links gelingt es ihr nicht, die Linke aus dem Parlament zu vertreiben. Ihre Doppelstrategie für die Bundestagswahl scheiterte und führte zu dem schmerzhaften Ergebnis, als Bundespartei mit einem historisch großen Abstand zur Union leben zu müssen. Es wird vermutlich einer Runderneuerung sozialdemokratischer Politik und Strategie bedürfen, um eine sozialdemokratische Machtoption jenseits einer »großen« Koalition aufzubauen.

Der Ausflug der Grünen in neue, neu-bürgerliche soziale Schichten wurde gestoppt. Die Grünen blieben nicht nur deutlich unter ihren Umfragewerten vom Frühsommer (15%), sondern auch unter ihrem Vorwahlergebnis. Sie erreichten ein Ergebnis, das auf dem Niveau ihrer Stammwählerschaft liegen dürfte, auf die sie sich in der letzten Phase ihres Wahlkampfes konzentrierten. Die Ursachen für dieses schlechte Ergebnis sind vermutlich vielfältig. In Baden-Württemberg scheint das Pendel zurück zur Union ausgeschlagen zu sein. Strategisch ketten sich die Grünen an ein Bündnis mit der SPD, wozu es angesichts der führenden Personen kaum eine Alternative gab. Wahlstrategisch versuchten sie, über eine Ausweitung ihrer Thematik bis hin zur Haushalts- und Finanzpolitik neue Wählerschichten fester zu binden, verzichteten damit aber auf eine offensive Auseinandersetzung mit der Union über die Energiewende. Stattdessen sahen sie sich heftigen Angriffen aus dem bürgerlichen Lager gegen ihre »Steuererhöhungspläne« ausgesetzt. Sie versuchten, an den bürgerlichen Sinn für das Allgemeinwohl zu appellieren, unterschätzten aber offenbar die Massivität der medialen und verbandspolitischen Gegenoffensive, z.B. durch den Verband der Familienunternehmen. Rechtzeitig vor der heißen Wahlkampfphase wurde der »Veggie-Day« als Angriffsziel ausgegraben und zum Symbol für grüne »Bevormundungspolitik« aufgebaut. Das Bild von der »Partei der Besserwisser« mit ihren »Bevormundungsstrategien« war geboren und wurde abgerundet mit einer angeblich unklaren Haltung in Sachen Pädophilie. Offenbar hatten die Grünen unterschätzt, dass die Union den Einbruch in ihre Wählerschichten, etwa 2011 in Baden-Württemberg, nicht kampflös hinnehmen würde.

Die Linke hat ein achtbares Wahlergebnis erzielt. Sie wurde drittstärkste Partei vor Grünen und CSU. Sie konnte ihr Wahlergebnis von 2005 bestätigen und widerlegte alle Hoffnungen politischer Gegner, sie könne sich als Protestbewegung nach zwei Legislaturperioden erledigt haben. Das Gegenteil ist der Fall. Auch im Westen kam sie wieder über fünf Prozent, was ihre Rolle als bundespolitische Partei unterstreicht. Der Erfolg der Linkspartei ist, nicht allein, aber vor allen anderen der Erfolg von Gregor Gysi. Er bannte, mit hohem Einsatz, auf dem Göttinger Parteitag 2012 die Gefahr des Auseinanderbrechens der jungen Partei und kämpfte als eine »linker Sisyphos« um sein Lebenswerk, den Aufbau und die Etablierung einer demokratischen sozialistischen Linken in Deutschland. Im Wahlkampf selbst zeigte sich die Partei wie 2009 diszipliniert und vermied, dass innerparteiliche Reibereien wie die um Listenaufstellung und Wahlkampf im Saarland oder die Unterstützung eines konkurrierenden parteilosen Kandidaten in Brandenburg durch Mitglieder des »Spitzenteams« zu größeren medial vermittelten Konflikten wurden. Die Linkspartei hat ihren Wahlkampf und ihre mediale Vermittlung weitestge-

hend auf die Kernthemen soziale Gerechtigkeit, Umverteilung, Frieden konzentriert. Sie hat, als die Union mit der Angst vor Rot-Rot-Grün ihre Anhänger zu mobilisieren suchte, deutlich machen können, dass eine ernsthafte politische Alternative zu Merkel nur mit ihr erfolgreich sein könnte. Der Verlust von allen 2009 erstmals erlangenen Direktmandaten außerhalb Berlins ist ein nicht völlig überraschender, aber doch herber Wermutstropfen für die Partei. Mit dem dritten Einzug in den Bundestag rückt die Linkspartei nun endgültig in den Kreis der etablierten Parteien, der festen Größen im bundespolitischen Parteiensystem auf. Gemessen am innerparteilichen Zustand im Frühjahr 2012 ist das Wahlergebnis ein großer Stabilisierungserfolg. Sollte es zu einer Koalition von Union und SPD kommen, fiel ihr die Rolle der parlamentarischen Oppositionsführung zu. Sie müsste zeigen, was gemeint war, als im Wahlkampf plakatiert wurde „Genug gelabert!“ und eine „Revolution?“ sei nicht nötig, um die Kernforderungen des Wahlprogramms umzusetzen. Die Linkspartei hat von den Wählerinnen und Wählern ein Geschenk bekommen: die Chance, es 2013/14 besser zu machen als 2009/10.

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasst. Es ist ihr nicht gelungen, ausreichend Stimmen für die Forderung nach einer Auflösung des Euro-Währungsverbundes zu sammeln. Sie wird sich jetzt auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 konzentrieren. In der bundesdeutschen Parteienlandschaft gibt es nun bis auf weiteres eine Protestpartei im bürgerlichen, eher rechten Spektrum. Die AfD vereinigt einerseits die markt- und wirtschaftsliberalen Ordnungspolitiker aus Union und FDP, die mit dem Euro-Kurs der Regierung und der ihrer Meinung nach heraufziehenden Haftungsunion nicht einverstanden sind und ordnungspolitische neoliberale Grundsätze verletzt sehen. Hierher kamen die Gelder für mehrere großformatige Anzeigen in der FAZ und die guten Kontakte in die Zunft der Ökonomen und zu Wirtschaftsredakteuren. Andererseits sammelte die AfD vielschichtige, auch von der Linken, Proteststimmen ein. Die Landesverbände führten weitgehend einen eigenständigen Wahlkampf mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten, die Wahlplakate spiegelten die Vielfalt der Kräfte, die sich unter dem Dach der »Alternative« versammeln, von Anhängern der direkten Demokratie bis hin zu DM-Chauvinisten. Die Vielfalt lässt erahnen, welche Probleme der neuen Partei ihre Konsolidierung nach dem Kraftakt der Gründung und Beteiligung an der Bundestagswahl innerhalb von gut sechs Monaten bereiten wird. Die Piraten scheiterten an der Verarbeitung des (Mitglieder-)Aufschwungs nach dem Wahlerfolg 2011, trotz mehrerer Wahlerfolge bei Landtagswahlen; die Linke überstand diese Phase nunmehr erfolgreich.

Die Piratenpartei verfehlte den Einzug in den Bundestag deutlich und verbesserte sich gegenüber 2009 nicht. Sie hat das politische Gelegenheitsfenster des Zeitraumes vom Herbst 2011 (Berlin) bis zum Frühjahr 2012 (Nordrhein-Westfalen) nicht nutzen können, um aus der vielfältigen Zustimmung gerade aus jüngeren Wählerschichten, die ein anderes Verhältnis von Parteien und Politik zum demokratischen Souverän einforderten, ein politisches Anliegen zu formieren. Sie scheiterten bislang bereits daran, in der eigenen Partei ein alternatives »Betriebssystem« zu etablieren. Sie konnten die Steilvorlagen, die mit dem Aufdecken der internationalen Überwachungstechnologien und der gar nicht so großen Freiheit des Internet geliefert wurden, nicht nutzen.

Die Wahlbeteiligung lag nur geringfügig höher als beim Tiefstand 2009. Der Wahlkampf vermochte keine qualitativ höhere Wählermobilisierung zu erzeugen. Ein Grund dürfte gewesen sein, dass bereits früh klar war, dass die rotgrüne Wahlstrategie für einen Regierungswechsel nicht erfolgreich sein und es keine Alternative zur Merkel-Politik würde.

Zu den bemerkenswerten und in ihren Folgewirkungen noch nicht absehbaren Ergebnissen der Bundestagswahl zählt, dass noch niemals in den vergangenen 50 Jahren so viele Stimmen nicht im Bundestag vertreten waren. Ein Sechstel der abgegebenen Stimmen wird nicht parlamentarisch repräsentiert sein. Rechnet man die Wahlenthaltung hinzu, dann repräsentiert das deutsche Parlament deutlich weniger als 60% der Wahlbevölkerung. Welche Wirkungen vor allem die nichtrepräsentierten außerparlamentarischen Kräfte auf die Parteien haben werden, ist nicht absehbar, aber es gehört zu den strategischen Fragen, vor denen jetzt alle politischen Lager gestellt sind.

Das »bürgerliche« Lager wird klären (müssen), ob es auf Dauer mit drei Parteien erfolgreich sein kann und will, oder ob es eine Reunion von FDP und AfD unter nationalliberalen Vorzeichen für geeigneter hält, die politische Macht zu sichern. Eigentlich hat das Lager einen deutlichen Sieg errungen. Die Stimmenanteile von Union, FDP und AfD erreichen 51% und liegen damit über dem Wert von 2009 für Union und FDP (48%). Das »bürgerliche« Lager lag damit zum zweiten Mal hintereinander wieder deutlich vor dem »linken« Lager, es scheint keine »strukturelle linke Mehrheit«, wie sie sich seit 1994 abzeichnete, mehr zu geben. Allerdings entpuppt sich der Sieg als klassischer Phyrus-Sieg und wirft die Frage auf, welche Art bürgerlicher Partner der Union zukünftig zu einer Mehrheit verhelfen kann.

Im »linken« Lager geht es darum, ob SPD und Grüne ihren Alleinvertretungsanspruch aufrecht erhalten oder ob die Etablierung der Linkspartei zu einer Erweiterung der strategischen Optionen führt. Aller drei Parteien zusammen erzielten einen Stimmenanteil von nur noch knapp 43% gegenüber 46% in 2009 und 51% in 2005. Für die Grünen speziell stellt sich nach dem Scheitern der Strategie, alles auf die SPD zu setzen, die Frage, ob sie

sich weiterhin primär als Partei eines politischen Lagers sehen oder als Grenzgängerin zwischen den Lagern, die sowohl mit der Union als auch mit SPD und Linkspartei Mehrheiten bilden kann. Das Wahlergebnis von SPD und Grünen ruft nach personellen und strategischen Konsequenzen, weil erkennbar eine Wiederholung 2017 nicht zum Erfolg führen wird.

Die Bürgerinnen und Bürger haben im Bund des politische Handlungsfeld der Parteien neu geordnet. Die 18. Legislaturperiode des Bundestages wird eine Periode sein, in der die Kräfte der alten Ordnungsmuster der Parteien mit den Kräften einer Neuordnung der Verhältnisse zwischen den Parteien heftige Auseinandersetzungen austragen werden.

Die Gewerkschaften haben sich in der Endphase des Wahlkampfes zurückgehalten. Sie standen nicht an der Seite von Steinrück und Trittin, sondern ließen erkennen, dass sie sich auch mit einer Kanzlerin Merkel würden arrangieren können. Hierbei handelt es sich vermutlich um mehr als um die Einsicht in die Aussichtslosigkeit der rotgrünen Strategie. Das zeigte zum Beispiel die gewerkschaftliche Werbekampagne für die Euro-Rettungspakete. Zur Bewertung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zählt auch, dass das »bürgerliche« Lager erfolgreich gegen das »rotrotgrüne Steuererhöhungskartell« mobilisieren konnte. Mit der fatalen Koalitions- bzw. Ausschlussstrategie von SPD und Grünen gegenüber der Linkspartei scheiterte nicht nur eine Wiederauflage einer rotgrünen Koalition. Gescheitert ist auch der Versuch, die verteilungspolitischen Auswirkungen der rotgrünen Steuerbeschlüsse von 1999ff durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Besteuerung von Vermögen und Erbschaften einzuhegen und wieder mehr Geld in die öffentlichen Kassen für Gemeinschaftsaufgaben, für die öffentliche Infrastruktur zu holen, also die haushaltspolitischen Spielräume für politischen Richtungswechsel zu erhöhen. Diese Gefahr hat die Regierungskoalition früh erkannt und mit einer Abwehrfront gegen »die Steuererhöhungspläne des Linkskartells« zu bannen versucht. Selten konnte man in einem Wahlkampf von interessierter Seite so exakt erfahren, welche Auswirkungen die Steuerpläne der einzelnen Parteien auf das eigene Portemonnaie haben würden. (Die Gegenrechnung, welcher Gewinn an öffentlicher Wohlfahrt dem gegenüber stände, wurde natürlich unterschlagen.) Man kann es als strategischen Fehler betrachten, einen Steuererhöhungswahlkampf führen zu wollen, wie es manche Beobachter nun insbesondere den Grünen vorhielten. Tatsächlich begann der Fehler allerdings mit einer Unterschätzung der Gegenkräfte, mit dem Verzicht auf eine gesellschaftliche Mobilisierung und mit der Selbstbeschränkung auf Wahlkampfzeiten. Wirtschaftliche Macht ist politische Macht geworden, und wenn dagegen eine höhere Besteuerung durchgesetzt werden soll, müssen, dass weiß man seit 1999, alle Kräfte mobilisiert werden. Das wäre die organische Aufgabe der größten Oppositionspartei gewesen. Ohne die Finanzausstattung des Gemeinwesens tatsächlich zu einem zentralen Thema der Wahlentscheidung gemacht zu haben, wurde nun gleichwohl darüber eine Entscheidung getroffen, die wiederum ihre Schatten auf zukünftige Wahlkämpfe auch in den Ländern werfen wird. Fatal ist dies deshalb, weil es nicht gelungen ist, aus der ebenfalls selbst geschaffenen strategischen Sackgasse sozialdemokratischer Politik, der »Schuldenbremse«, über die Einnahmeseite einen Ausweg aufzuzeigen. So bleiben die öffentlichen Haushalte und damit jede politische Reformbemühung unter dem Diktat von »Schuldenbremse« und Zinsdienst.